

Einander aushalten, voneinander lernen

Landesbischof Frank Otfried July ruft die Landeskirche zur Einheit auf. Themen in seinem Bischofsbericht 2018 waren unter anderem die Diskussionen um eine öffentliche Segnung gleichgeschlechtlicher Paare, Digitalisierung, die Stärkung von Familien, der PfarrPlan sowie der wachsende Antisemitismus und Rassismus. Erklärung gegen Rüstungsmesse verabschiedet.



„Kirche ist mehr als eine Filterblase Gleichdenkender“, sagte Landesbischof July in seinem Bischofsbericht.

Kirche ist für Landesbischof July „mehr als eine Filterblase Gleichdenkender“. Sie ist eine Gemeinschaft, in der Geschwisterlichkeit von Menschen gelebt wird, die von Gott gesehen werden und einander sehen. Vor diesem Hintergrund beklagte July den „verweigeren Blick-Kontakt“ in der Frage der Segnung gleichgeschlechtlicher Paare, der sich besonders nach der Entscheidung der Landessynode gezeigt hätte. Im November 2017 war ein Gesetzentwurf zur Einführung einer öffentlichen Segnung knapp gescheitert. „Ich halte es für gut, Meinungsverschiedenheiten auszutragen“, betonte der Landesbischof. Die Herausforderung dabei sei, sich nicht mit der verengten Sichtweise

der eigenen Klientel zufriedenzugeben, sondern einander auszuhalten und voneinander zu lernen. July hält es nicht für „möglich und richtig“, wenn Amtsträgerinnen und Amtsträger öffentlich erklären, sich über geltendes Recht hinwegsetzen zu wollen. Stattdessen kündigte er eine weitere

Gesprächsrunde zur Verständigung innerhalb der Landeskirche zu diesem Thema an.

Die Landeskirche sehe die Digitalisierung als Chance, dem Verkündigungsauftrag der Kirche neue Wege zu eröffnen, betonte Landesbischof July. Sie ermögliche nicht nur, in der kirchlichen Verwaltungsarbeit Ressourcen effizienter zu nutzen. „Die Digitalisierung nötigt uns zu klären, wofür Kirche eigentlich steht. Sie muss den Menschen dienen“, betonte July und forderte für die Gestaltung der Digitalisierung eine Orientierung am biblischen Menschenbild.

Landesbischof July würdigte die Anstrengungen der Haupt- und Ehrenamtlichen bei der Umsetzung des PfarrPlans. „Wir nehmen Abschied von vertrauten Verhältnissen, und dieser Abschied tut zunächst weh“, sagte er und rief die Gemeinden zu verstärkten Kooperationen auf: „Es ist die besondere Verantwortung unserer Generation, den notwendigen Umbau in der Kirche zu gestalten. Die Verteilungsgerechtigkeit

Aus dem Inhalt

1/2018

Familie
ist ein
Mega-Thema

Seite 4

Taufe durch
Untertauchen
möglich

Seite 5

Bilanz des
Reformations-
jubiläums

Seite 8

Fortsetzung von Seite 2

ist dabei ein Kriterium. Bei jedem neuen PfarrPlan wurden gemachte Erfahrungen produktiv aufgenommen.“ In diesem Zusammenhang wies er auf die unterstützenden Maßnahmen durch das Projekt SPI hin, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei strukturellen Maßnahmen beraten.

Des Weiteren sprach sich der Landesbischof für eine weitere Stärkung der Familien aus, wie sie in der Strategischen Planung vorgesehen sei. Dazu gehöre religiöse Bildung, diakonisches Handeln und die Stärkung stabiler sozialer Beziehungen. Dies könne nur geschehen, wenn die Angebote der Familienarbeit stärker vernetzt werden. July bezog die Arbeit mit Asylsuchenden dabei mit ein und sprach sich ausdrücklich für den Familiennachzug von Flüchtlingen aus.

July äußerte sich besorgt über den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland. Er begrüßte, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg einen Antisemitismusbeauftragten einsetzen will. „Politikerinnen und Politiker am rechten Rand des Meinungsspektrums müssen wir unseren Widerstand gegen Rassismus und Antisemitismus deutlich zeigen – um Jesu Christi und der Menschen willen.“ Ebenso sei vorhandenem Antiziganismus klar zu widersprechen.

Der Bischof kritisierte zudem die in der Messe Stuttgart stattfindende Internationale Militär- und Waffentechnikmesse ITEC im Mai. „Als Kirche sind wir dem Frieden verpflichtet und damit der weltweiten Gerechtigkeit. Die Perfektion von Waffen und Kriegstechnik führt nicht zu einer Lösung der uns weltweit bedrängenden Probleme.“

Die Landessynode schloss sich ohne Gegenstimme einer Erklärung des Diözesanrats Rottenburg-Stuttgart an, in der der Aufsichtsrat der Messe Stuttgart, insbesondere die Vertreter des Landes und der Landeshauptstadt, aufgefordert wird, keine Rüstungs- und Waffentessen auf dem Ausstellungsgelände zuzulassen.

Ringens um den synodalen Weg

Entscheidung über die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare dominiert die Voten der Gesprächskreise zum Bischofsbericht.

„Wir sollen einander erkennen als Geschwister Christi, die in aller Verschiedenheit etwas widerspiegeln von seiner Liebe“, sagte Tobias Geiger vom Gesprächskreis Lebendige Gemeinde in seinem Votum. Er appellierte an die Synode, sich weiter miteinander auf den Weg zu machen. Das bedeute auch, dass man vielleicht persönliche Überzeugungen zurücklassen müsse. „Allerdings

Landesbischof sagen würde: Um des Evangeliums und der Menschen willen trauen wir Gleichgeschlechtliche ohne Vorbehalt und kümmern uns dann um die großen Baustellen!“, so Henrich Matthias Böhler vom Gesprächskreis Kirche für morgen begrüßte das Thema des Bischofsberichts „Von Gott angesehen – einander sehen“. Es helfe dabei, ganz grundsätzlich darüber nachzudenken,



Auch die frühere Synodalpräsidentin

Dr. Christel Hausding (Mitte) und Prälantin i.R. Dorothee Margenfeld waren unter den Gästen.

können auch niemand versprechen, dass man in der Frage einer öffentlichen Segnung gleichgeschlechtlicher Paare zu dem Ziel kommen werde, das andere Gesprächskreise erreichen wollen“, erklärte Geiger. Er wies auch darauf hin, dass es in der Kirche noch weitere herausfordernde Themen gäbe, wie die im Bischofsbericht genannte Digitalisierung, die Stärkung der Familien und die Umsetzung des PfarrPlans.

Jutta Henrich vom Gesprächskreis Offene Kirche beklagte, dass sich seit der Herbstsynode die Gräben in der Kirche vertieft hätten. Sie wies darauf hin, dass „eine in der Volkskirche zahlenmäßig gar nicht so starke Gruppe Menschen ihren Einfluss in dieser Kirche kompromisslos“ nutze. „Es wäre ein starkes Zeichen, wenn ein

„wie wir unser Zusammenleben und Zusammen-Glauben in dieser Kirche gestalten möchten.“ Er dankte dem Landesbischof für seine Anstrengung, in der Frage der öffentlichen Segnung gleichgeschlechtlicher Paare eine Lösung zu finden.

Sein Gesprächskreis habe großes Vertrauen in den geschwisterlichen, synodalen Weg, erklärte Ernst-Wilhelm Gohl von Evangelium und Kirche. „Wenn der Gesprächskreis Lebendige Gemeinde nur auf sich und seine ‚Klientel‘ schaut, sind wir vom synodalen Weg meilenweit entfernt.“ Die entscheidende Frage laute deshalb: Könnte sich die Lebendige Gemeinde überhaupt einen öffentlichen Gottesdienst vorstellen? Ernst-Wilhelm Gohl: „Wenn nicht, brauchen wir auch keine neuen Überlegungen anstellen.“

Nachfrage steigend

Oberkirchenrat und Synode ziehen positive Zwischenbilanz des Projekts Integrierte Beratung Struktur | Pfarrdienst | Immobilien (SPI).



Das Projektteam Struktur, Pfarrdienst, Immobilien (SPI) stellt sich den Synodalen vor.

„Das ‚Projekt Integrierte Beratung Struktur, Pfarrdienst, Immobilien‘ ist ein Erfolgsmodell“, sagte der Vorsitzende des Strukturausschusses der Landessynode, Matthias Hanßmann. Dass der PfarrPlan 2024 transparenter als bisher und vor Ort und in den Kirchenbezirken mit sehr hohem Sachverstand umgesetzt werde, liege auch an der Beratungstätigkeit des SPI-Teams. Allerdings müsse der strukturelle Wandel auch inhaltlich begleitet werden, so Hanßmann weiter. Deshalb sollte SPI noch stärker mit der Gemeindeberatung und den Beratungsangeboten des Evangelischen Jugendwerks Württemberg vernetzt werden.

Oberkirchenrat Hans-Peter Duncker sagte: „Mit der Einrichtung des Projekts SPI hat die Synode vielen Kirchengemeinden den entscheidenden Anstoß gegeben, sich den Problemen zu stellen, und durch Unterstützung große Erleichterung verschafft.“ Änderungen im PfarrPlan sowie die Finanzen zwingen die Gemeinden zum Handeln, um sich für die Zukunft gut aufzustellen. Seit seiner Einrichtung 2015 hat das inter-

disziplinäre Projektteam mehr als ein Drittel aller württembergischen Kirchengemeinden bei Strukturveränderungen in den Bereichen Verwaltung, Pfarrdienst und Immobilien beraten. Dazu kommt die Beratung von Kirchenbezirken, die eine Fusion überlegen oder schon vorbereitet. Die Nachfrage steigt, so dass es momentan sogar eine Warteliste gibt.

Duncker führt aus, dass diese Kombination von Fach- und Prozessberatung durch ein interdisziplinäres Team EKD-weit einzigartig sei. In einem moderierten Prozess erarbeitet es passgenaue Lösungen für jede einzelne Kirchengemeinde. Die betroffenen Dezernate im Oberkirchenrat sind dabei eng eingebunden, so dass die Wege bei Genehmigungen kurz sind und Veränderungen schnell umgesetzt werden können.

Aufgrund der guten Erfahrungen der vergangenen Jahre plane der Oberkirchenrat eine Verlängerung des Projekts um fünf Jahre, so Duncker. Neue Finanzmittel seien nicht nötig, da die Gelder aus der ersten Projektphase ausreichten.

Erlittenes Leid anerkennen

In seinem Bericht aus der unabhängigen Kommission, die über Leistungen in Anerkennung erlittene Leids entscheidet, äußerte sich Diakon Hans Fischer über die verschiedenen Aspekte sexueller Übergriffe, die in der Vergangenheit innerhalb der Landeskirche und ihrer Diakonie begangen worden waren.

Fischer betonte, dass der christliche Leitgedanke der Kirche nicht per se davor bewahre, dass Mitglieder der Kirche oder gemeinnütziger Organisationen sexuelle Übergriffe verübten.

In der Vergangenheit sei es viel zu oft vorgekommen, dass Täter geschützt worden seien, während Opfer von den Behörden allein gelassen wurden.

Zudem litten viele Betroffene ihr gesamtes weiteres Leben unter dem Trauma, das die ihnen zugefügte sexualisierte Gewalt in ihnen hervorrief. Erst in den vergangenen Jahren seien viele Fälle öffentlich geworden, so Hans Fischer.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg erkennt das erlittene Leid der Betroffenen an und zahlt ihnen einmalig 5.000 Euro. Viele Betroffene seien erleichtert, dass die Kirche ihr Leid anerkenne.

Ursula Kress, Beauftragte für Chancengleichheit von Frauen und Männern, stellte die bisher unternommenen Schritte vor, die eine Gleichstellung von Frau und Mann sowie Jung und Alt in kirchlichen Gremien garantieren sollen.

Als positives Beispiel nannte Kress den Lutherischen Weltbund, der konsequent eine Quote von 40-40-20 einhalte: 40 Prozent Männer, 40 Prozent Frauen, 20 Prozent Jugendliche und junge Erwachsene.

Auch wenn es Verbesserungen im Blick auf Gleichstellung innerhalb der Gremien gebe, plädierte Kress für die Einführung einer verbindlichen Frauenquote oder Sanktionen bei Missachtung der Maßnahmen zur Gleichstellung. Alle Maßnahmen zur Gleichstellung müssten auch auf die Digitalisierung übertragbar sein.

Synodale verzichten nicht auf Fleisch

Der Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit hat sich mit der Möglichkeit eines Veggi-Days während der Synode beschäftigt. Es würde, so die Meinung einiger Synodaler, zu viel Fleisch bei den Synodaltagungen verzehrt. Die Mehrheit des Ausschusses sah jedoch eine Verpflichtung der Synodalen auf einen fleischlosen Tag als nicht erforderlich an. Der Ausschuss appellierte an die freiwillige Bereitschaft der Synodalen, auf Fleisch und Fisch zu verzichten. Die Geschäftsstelle der Synode wies darauf hin, dass während der Synode ausreichend vegetarische Kost zur Verfügung stehe und dass bestimmte Obst- und Gemüsesorten nur zu den Jahreszeiten konsumiert werden, in denen diese in Deutschland geerntet werden können. Der Antrag wurde nicht weiter verfolgt.

Gedenken an Blumhardt

2019 jährt sich der Todestag von Christoph Blumhardt zum 100. Mal. Die Landessynode beriet über die Frage, wie man dieses Theologen gedenken könnte. Er vertrete mit seiner inspirierenden Frömmigkeit und seiner zugleich kritischen Gesellschaftsanalyse eine theologische Position, die für die Evangelische Kirche in Württemberg und über sie hinaus von großer Bedeutung sei. Sein geistliches und gesellschaftspolitisches Erbe, das auf dem Boden einer Reich-Gottes-Hoffnung ruht, sei bis heute noch nicht ausreichend gut aufbereitet worden. Eine weiterführende Aufarbeitung wäre hilfreich, um in der aktuellen Debatte über die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems die wegweisende Bedeutung des Werks von Christoph Blumhardt zu entfalten. Die Synode beschloss, dass etwaige Veranstaltungen zum Jubiläum von der Akademie Bad Boll ausgerichtet werden sollen.

Familie ist ein Mega-Thema

Schwerpunkt „Partnerschaft, Ehe und Familie stärken“ auf den Weg gebracht. Angebote weiterentwickeln und Teilhabe ermöglichen.

„Es ist Musik drin, es ist prozessorientiert und zukunftsgerichtet“, sagte Bildungsdezernent Werner Baur über das Schwerpunktthema „Partnerschaft, Ehe und Familie stärken“. Im Rahmen dessen sollen Einrichtungen und Angebote für Familien im Bereich der Landeskirche und ihrer Diakonie vernetzt und weiterentwickelt werden. Es gehe darum, „Menschen vitale Sozialräume zu eröffnen und Teilhabemöglichkeiten an den Beziehungen im städtischen Quartier, der Dorfgemeinschaft, der Kirchengemeinde und an geliebtem Glauben zu bieten“.

Die Landessynode hat im Rahmen der Haushaltsberatungen bei der Herbsttagung 2017 bereits ein Ehe- und Familienpaket mit mehr als 12 Millionen Euro berücksichtigt. Das Geld soll zum Beispiel arbeitslosen Eltern, Mutter-Kind-Kliniken und evangelischen Kindertagesstätten und Familienzentren zufließen. Als Austausch- und Netzwerkplattform für diese Arbeit steht die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienpolitik (eaf) zur Verfügung.

„Familie ist ein Mega-Thema“, betonte Robby Höschele, stellvertretender Vorsitzender des

Ausschusses für Bildung und Jugend, in seinem Bericht an die Landessynode. Er würdigte, dass von einem „weiten Familienbegriff“ ausgegangen werde, der allerdings auch innerhalb des Ausschusses für Bildung und Jugend verschieden interpretiert wird. Höschele sieht den Schwerpunkt „Partnerschaft, Ehe und Familie stärken“ als Herausforderung für das innerkirchlich so etablierte Denken in institutionellen Säulen. Er forderte ein „vernetztes und sozialraumorientiertes Denken und Handeln“ auch in den Kirchengemeinden. Denn der Lebensraum von Familien reiche häufig weit über die Grenzen ihrer Wohnkirchengemeinde hinaus.

Angelika Klingel (Heimsheim) betonte, dass Familie heute mehr sei als „Vater, Mutter, Kind“. Sie lobte den Schwerpunkt als zukunftsgerichtet. „Es gibt keine Kirche ohne Familienarbeit“, fügte Götz Kanzleiter (Ostelsheim) hinzu. Andreas Wündisch (Ulm-Wiblingen) kritisierte, dass Best-Practise-Beispiele zu wenig sichtbar seien. „Was findet denn wirklich statt?“, fragte er. „Es fehlt ein Bewusstsein bei den Kirchengemeinden, wie Familien wirklich ticken.“



„Es ist Musik drin“, sagte Bildungsdezernent

Werner Baur über das Schwerpunktthema „Partnerschaft, Ehe und Familie stärken“ bei seinem letzten Bericht vor der Synode, bevor er im Mai in den Ruhestand geht.

Gestaltungsmöglichkeiten bei Taufen erweitert

Neue Taufordnung und Taufagende beschlossen. Taufe künftig auch durch Untertauchen möglich. Mehr Christinnen und Christen können Paten werden. Wer keiner christliche Kirche angehört, kann Taufzeuge werden.

Taufen sollen künftig leichter auf verschiedene Kontexte angepasst werden können. Dazu zählen verschiedene gottesdienstliche Zusammenhänge, aber auch kulturelle Prägungen der Tauffamilien. Dazu hat die Landessynode die Einführung einer neuen Taufordnung und einer neuen Taufagende beschlossen. Die neuen Regelungen treten zum 1. Januar 2019 in Kraft. Als EKD-weit erste Landeskirche regelt die Evangelische Landeskirche in Württemberg dabei die Taufe durch Untertauchen. Diese neu eingeführte Form der Taufe orientiert sich an

orthodoxen Kirche sowie einigen Freikirchen verbreitet. Ebenfalls beschlossen wurde, dass künftig auch Taufpate werden kann, wer zum Beispiel einer freikirchlichen Gemeinde angehört, die die Kindertaufe ablehnt, selbst aber die Kindertaufe bejaht. Verwandte und Freunde, die keiner christlichen Kirche angehören, können ab dem kommenden Jahr Taufzeugen werden.

Zusätzlich zur gedruckten deutschen Fassung soll die Agende online auch auf Arabisch, Farsi und Russisch zur Verfügung gestellt werden, wie Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel erwähnte.



Zusätzlich zur gedruckten deutschen Fassung soll die Agende online auch auf Arabisch, Farsi und Russisch zur Verfügung gestellt werden, betont Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel.

und redaktionelle Anpassungen der Taufordnung bei der Überarbeitung der Konfirmations- und Bestattungsordnung übernommen werden könnten. In den Gesprächskreisvoten betonte Hans Veit von der Lebendigen Gemeinde, dass eine Taufe die Aufgabe der ganzen Gemeinde sei: „Dass wir nach wie vor vor allem kleine Kinder taufen, sehen wir als eine große volksmissionarische Chance, aber vor allem als eine große Verpflichtung.“

Für die Offene Kirche warnte Elke Dangelmaier-Vincon vor einem Missverständnis hinsichtlich der Immersionstaufe: „Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die, die ‚richtig‘ glauben, untergetaucht werden, und dass die, die es nicht so ernst nehmen, nur mit Wasser benetzt werden.“

Andreas Wündisch ging für Evangelium und Kirche auf die Möglichkeiten ein, die die neue Taufagende eröffnet: „Den Pfarrern und Pfarrern wird die Gestaltung zugetraut, aber auch bewusst anempfohlen. Die sogenannte Agende ist ein Gottesdienstbuch und keine Leseagende.“ Freude drückte Willi Beck von Kirche für morgen über die Einführung der Immersionstaufe aus und wünschte sich Freiheiten: „Natürlich kann man die Tauf liturgie nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Und doch braucht es nach wie vor die Offenheit für ein geistgewirktes Geschehen.“



Als bundesweit erste Landeskirche regelt die württembergische Landeskirche die Taufe durch Untertauchen. Die neuen Regelungen in der Taufordnung und der Taufagende treten zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft. Das hat die Synode beschlossen.

der frühchristlichen Taufpraxis und soll daher vor allem bei Taufen im Freien an einem fließenden Gewässer durchgeführt werden. Diese sogenannte „Immersionstaufe“ richtet sich an heranwachsende und erwachsene Täuflinge und steht gleichwertig neben der bisherigen Form der Taufe, bei der das Wasser mit der Hand über den Kopf der Täuflinge geschöpft wird. Bisher ist die Immersionstaufe vor allem in der

Der Ausschussvorsitzende des Theologischen Ausschusses, Dr. Karl Hardecker, würdigte in seinem Bericht das Anliegen der Agende, Taufen kontextuell zu gestalten. Die Kernhandlung solle aber im Wortlaut bei jeder Taufe gleich sein, dadurch rücke die kulturübergreifende Dimension in den Vordergrund. Thomas Wingert, stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses, berichtete zudem, dass zahlreiche Präzisierungen

Erster Nachtrag 2018 verabschiedet Für Barrierefreiheit – gegen Prostitution

Mit großer Mehrheit hat die Landessynode den ersten Nachtragshaushalt 2018 verabschiedet. Er hat ein Volumen von 3.782.200 Euro für befristete Maßnahmen. Die laufenden Kosten liegen bei 218.200 Euro.

Referatsleiter Martin Ritter stellte die geplanten Maßnahmen für den ersten Nachtrag 2018 vor. Darunter sind 900.000 Euro Investitionszuschuss für das erste Kinder- und Jugendhospiz in Baden-Württemberg, das Ritter ein Leuchtturmprojekt nannte. In den Augen des Finanzausschussvorsitzenden, Michael Fritz, sei dieser Zuschuss auch eine „Würdigung der hohen Spenden Dritter“ für dieses einzigartige Projekt.



Im Nachtragshaushalt sind auch 900.000 Euro Investitionszuschuss für das erste Kinder- und Jugendhospiz in Baden-Württemberg enthalten, sagt Martin Ritter.

Weiter zählen zum Nachtrag unter anderem ein Konzertflügel für die Hochschule für Kirchenmusik, die Zukunftssicherung des Evangelischen Familienpflege- und Dorfhelferinnenwerkes, die Schaffung einer Stelle im Dezernat Arbeitsrecht des Oberkirchenrats sowie eine auf zwei Jahre befristete Stelle im Bereich der strategischen Personalplanung. In das Projekt Zukunft des Finanzwesens sollen zunächst bis zu 1,07 Millionen Euro fließen. 100.000 Euro sind für eine externe Unterstützung geplant, um den steuerlichen Verpflichtungen im Bereich der Finanzanlagen gerecht zu werden.

„Die meisten Maßnahmen sind aus zweckbestimmten Rücklagen oder Budgetrücklagen finanziert und stellen die typischen ‚Nachträge‘ dar, die schlicht den Vollzug notwendiger oder im Grundsatz beschlossener Maßnahmen sicherstellen“, erklärte Fritz. Uneinigkeit bestehe dagegen bei der Frage, wie zukünftig mit Pfarrerinnen und Pfarrern besetzte Stellen in der Diakonie durch die Landeskirche bezuschusst werden. Diese langjährige Praxis sei vor Jahren mit Hilfe einer Einmalzahlung von 8,4 Millionen Euro an das Diakonische Werk auf vermeintlich sichere Beine gestellt worden. Nun mache sich das gesunkene Zinsniveau bemerkbar. Deshalb wolle der Finanzausschuss unter anderem geklärt wissen, wie sich diese Form der Unterstützung mit der PfarrPlan-Diskussion vertrage und warum die Landeskirche das Risiko der niedrigen Zinsen tragen solle. Die Synode folgte dem Antrag



Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Michael Fritz, fordert einen Sperrvermerk für die Pfarrstellen Diakonie.

des Finanzausschusses, die Gelder für die Pfarrstellen Diakonie vorläufig zu sperren. Der Sperrvermerk kann durch einen Beschluss des Finanzausschusses wieder aufgehoben werden.

Mit großer Mehrheit hat die Synode den Oberkirchenrat gebeten, im Haushaltsplanentwurf 2019 die Gelder für den Ausgleichstock um fünf Millionen Euro zu erhöhen. Das Geld soll für die Förderung der Barrierefreiheit in kirchlichen Gebäuden genutzt werden.

„Es wäre im wahrsten Sinne des Wortes ein Treppenwitz, wenn wir tolle Inklusionsprojekte in kirchlichen Gebäuden durchführen, in denen Rollstuhlfahrer aber leider wegen der Treppe nicht in den Gemeindefaal gelangen oder das WC benutzen können“, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Diakonie, Markus Mörike. Über den zweiten Nachtragshaushalt 2018 will die Synode stärker als bisher Initiativen und Einrichtungen gegen Prostitution fördern. So sollen von 2018 bis 2021 die Zuschüsse für die Mitternachtsmission Heilbronn von derzeit 25.000 Euro auf 85.000 Euro und die Zuschüsse für das Fraueninformationszentrum von 25.000 Euro auf 50.000 Euro angehoben werden.

Das HoffnungsHaus soll befristet auf drei Jahre jährlich einen Zuschuss von 25.000 Euro erhalten. Dem Café La Strada und dem Café Strichpunkt sollen über den 2. Nachtragshaushalt noch in diesem Jahr jeweils 10.000 Euro zufließen.

Der Antrag, die Landeskirche möge der Aktion „Rotlicht aus“ beitreten, wurde in den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit zur weiteren Beratung verwiesen. Die Aktion „Rotlicht aus“ bündelt Kräfte, um gemeinsam gegen Sexkauf vorzugehen.

Der Antrag, Geld und Personal zur Verfügung zu stellen, um Konzepte zu entwickeln, die eine inklusive Öffnung aller kirchlichen Beratungsstellen ermöglichen, wird nach Empfehlung des Ausschusses für Diakonie nicht weiterverfolgt. Es gibt bereits Modellversuche sowie weitere Projektanträge im Rahmen des Aktionsplanes Inklusion leben, sagte der Ausschussvorsitzende Markus Mörike.

Öffentlichkeitsarbeit überprüft

In der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sind Umstrukturierungen geplant. Sprecher der Landeskirche soll entlastet werden. „Digital Roadmap“ gibt den Weg der Digitalisierung der Landeskirche vor.

„Inhalte erstellen“, „Dialog mit Mediennutzerinnen und -nutzern“ sowie „nutzergenerierte Inhalte verwerten“ sollen nach dem Willen des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeitsarbeit die Schwerpunkte der Medienarbeit sein, sagte dessen Ausschussvorsitzende Franziska Stocker-Schwarz. Die Zusammenarbeit der für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Stellen soll daher neu strukturiert werden. Dafür seien in der Mittelfristplanung bereits Anträge vorgesehen. Der Antrag 46/17, eine Stelle eines Pressesprechers für die Landessynode zu schaffen, fand im KGÖ und Finanzausschuss keine Mehrheit und soll nicht weiterverfolgt werden. Dagegen soll

die Stelle eines stellvertretenden Sprechers der Landeskirche eingerichtet werden. „Es herrscht im Ausschuss Einigkeit darüber, dass bisher zu wenig Personalkapazität für die vielfältigen Aufgaben eines Sprechers der Landeskirche vorhanden ist. Dass eine zusätzliche Stelle geschaffen werden muss, ist Konsens.“ Dabei solle auch die Frage der Rollenklarheit bedacht werden. In ihrem Bericht ging Stocker-Schwarz auch auf die sogenannte „Digital Roadmap“ der Landeskirche ein. Sie benennt die konkreten Ziele auf dem Weg der Digitalisierung. Infos zur Digitalisierung in der Landeskirche und der Digital Roadmap gibt es auf www.elk-wue.de/leben/digitalisierungsprojekt.

Pfarrer sollen entlastet werden

Der Theologische Ausschuss und der Rechtsausschuss haben sich dafür ausgesprochen, einen Antrag nicht weiterzuverfolgen, der sich mit der Entlastung von Pfarrerinnen und Pfarrern befasst. Das Problem sei umfassend und müsse in größerem Rahmen geklärt werden. Zudem sei das Anliegen bereits in das Projekt Kirchliche Strukturen 2024 Plus aufgenommen. Einig waren sich beide Ausschüsse, dass die Pfarrerinnen und Pfarrer der Landeskirche entlastet werden sollen.

So müssten Geistliche nicht durchgehend erreichbar sein und sollten auch zwei dienstfreie Tage pro Woche garantiert bekommen, schlug der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses, Pfarrer Thomas Wingert, vor.

Kirche soll Anwalt der Armen sein

„Ist der Sozialstaat in der Krise? – Was kann unsere Kirche tun, dass weniger Menschen Tafeln in Anspruch nehmen müssen?“ Darüber diskutierten die Synodalen in der Aktuellen Stunde.

Der Synodale Markus Mörike, Vorsitzender des Diakonieausschusses, betonte, dass der Sozialstaat erst durch die Kirche und die Diakonie zum Sozialstaat werde. Die Aufgabe der Kirche hierbei sei es, sich zum einen bedingungslos für hilfsbedürftige Menschen einzusetzen und ihnen beizustehen, zum anderen den bestehenden Sozialstaat an seine Verpflichtungen zu erinnern. „Auch ein gut bezahlter Manager hat eine pflegebedürftige Mutter, die er gerne gut von einer Altenpflegekraft versorgt haben möchte“, sagte Pfarrer Dr. Karl Hardecker. Darin zeige sich die ungerechte Wertigkeit von Leistungen, denn die Entlohnung der Pflegekraft sei unverhältnismäßig geringer. Mehrfach wurde hervorgehoben, dass Kirche und Diakonie als „Sprachrohr“ und Anwalt der hilfsbedürftigen und armen Menschen fungieren müssten, da diese im Sozialstaat kaum

gehört werden oder sich nicht trauten, etwas zu sagen. „Tafelläden arbeiten nicht kostendeckend. Sie werden finanziell von der Kirche und Diakonie unterstützt“, hob Dr. Robert Bachert, Vorstandsmitglied des Diakonischen Werks Württemberg (DWW), hervor. Die Politik habe jedoch angesichts von bundesweit 1,5 Millionen Kunden in Tafelläden ein Defizit. Es brauche vor allem bessere Strategien für langzeitarbeitslose Menschen und gegen die Wohnungsnot. Durch die Tafelläden würden Ressourcen geschont, so Werner Pichorner. Genießbare Nahrungsmittel, die sonst nicht mehr verwertet würden, fänden so Abnehmer. Die Synodalen lobten die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei den Tafelläden. Angelika Herrmann wies darauf hin, dass die Ehrenamtlichen täglich Aufgaben übernähmen, die eigentlich Aufgaben des Staates wären.

Franziska Stocker-Schwarz bestätigte dies und betonte, dass das Zeitalter, in dem man arm oder reich geboren werde, vorbei sei.

Allein durch das Aufstocken des Sozialstaats werde das Problem nicht gelöst, so Frieder Veigel. Vorrangig müssten mehr Menschen „den Direktkontakt zu Bedürftigen suchen“.

Die Verbindung zu armen und hilfsbedürftigen Menschen müsse hergestellt werden, appellierte Götz Kanzleiter. Er schlug vor, in der nächsten Synode anstatt eines Begegnungsabends mit etwa Wirtschaftsvertretern gerade zum Beispiel Tafelkunden einzuladen. Elke Dangelmaier-Vincon mahnte mehrfach, dass Tafelläden für Hilfsbedürftige eine gute Einrichtung seien, allerdings keinen Ausweg aus der Armut böten. Für sie sei ein Tafelladen nur ein Pflaster, das eine bestehende, klaffende Wunde verdecken soll.

Erfolgreiches Reformationsjubiläum endet

Mit einem Gesamtetat von 10 Millionen Euro wurden insgesamt 63 Maßnahmen in einem Zeitraum von knapp fünf Jahren anlässlich des 500-jährigen Reformationsjubiläums durchgeführt.

„Engagiert, gut besucht, vielfältig, ökumenisch, zum Teil nachdenklich, zum Teil fröhlich – und mit wichtigen Inhalten unseres Glaubens“ – so charakterisiert Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel das Reformationsjubiläum im Rückblick. Auf allen Ebenen sei gefeiert worden, in der ganzen Welt.



Engagiert und vielfältig sei das Jubiläum gefeiert worden, sagte die Beauftragte für das Reformationsjubiläum Dr. Christiane Kohler-Weiß.

„80 Prozent der Befragten haben wiedergegeben, dass die Freude am Evangelischsein gestärkt wurde. Sogar 85 Prozent gaben an, das evangelische Grundwissen bei Kirchenmitgliedern habe sich verbessert“, resümiert die Beauftragte für das Reformationsjubiläum Dr. Christiane Kohler-Weiß eine Onlineumfrage. Die Synode hatte vier Leitlinien für das Reformationsjubiläum

entwickelt. Das Reformationsjubiläum sollte in der ganzen Landeskirche ankommen, es sollte im öffentlichen Raum wahrnehmbar sein, die Ökumene befördern und die thematische Konzentration erfüllen.

Diese Ziele seien erreicht worden und viele Projekte würden auch nach Ende des Reformationsjubiläums in Gemeinden fortgeführt werden. Durch Festveranstaltungen in Stuttgart rund um das Thema Freiheit wurde das Reformationsjubiläum nach außen getragen. Durch den Ideenwettbewerb „Kirche macht was. Aus deiner Idee!“ konnte sich jeder mit dem Jubiläum auseinandersetzen. Neben Kunstprojekten und einem landeskirchlichen Veranstaltungsheft, das in Stuttgarter Museen, der Bücherei und dem Tourismusbüro auslag, hat sich die Landeskirche mit einer eigenen Halle über den Reformationssommer in der Weltausstellung Reformation in Wittenberg engagiert.

„Der 31.10.2017 war deutschlandweit ein gesetzlicher Feiertag“, so die Reformationsbeauftragte. Dies habe für eine breite öffentliche Wahrnehmung gesorgt. Öffentlich-rechtliche Fernsehsender erzielten mit Lutherproduktionen rekordverdächtige Einschaltquoten.

Die durchgängig ökumenische Grundausrichtung des Jubiläums habe die Ökumene befördert. Dies habe das ökumenische Klima nachhaltig verändert, so Kohler-Weiß.

Die gemeinsame Losung „... da ist Freiheit!“ mit der Landeskirche Baden habe die thema-

tische Konzentration gestärkt, sie wurde über die landeskirchlichen Großveranstaltungen heraus aufgegriffen und thematisiert. Auch für die Kooperation mit Politik, Zivilgesellschaft und Kultur sei das Thema laut Kohler-Weiß passend gewählt worden.

Mit dem „Festival“ im September 2017 auf dem Stuttgarter Schlossplatz gelang eine eindrucksvolle Demonstration der christlichen Kirchen. „Es hat gezeigt, dass in christlichen Kirchen eine Religion mit demokratie-stärkender und friedensförderlicher Wirkung gelebt wird.“

Im Blick auf die Zukunft sollte die Landeskirche weiterhin öffentlich wahrgenommen werden durch Großveranstaltungen wie z.B. „Das Festival“. „Es fordert Mut, Experimentierfreude und neue Konzepte, sich als Kirche auf öffentlichen Plätzen dem Gespräch auszusetzen.“

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH

Redaktion: Oliver Hoesch (verantwortlich), Stephan Braun, Ute Dilg, Johanna Jainsky, Marie-Louise Neumann, Jens Schmitt, Tobias Weimer

Fotos: EMH/Gottfried Stoppel

Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei:

Evangelisches Medienhaus GmbH
Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81

kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de

